

Ungleichheit, Kapitalbesteuerung und öffentliches Kapital

Giacomo Corneo

Berlin, 19. März, 2015

Das europäische Projekt einer guten Gesellschaft basiert auf:

- Realer Demokratie
- Dynamischer Marktwirtschaft
- Großzügigem Wohlfahrtsstaat

Problem:

Zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit



- Post-Demokratie
- Finanzielle Exzesse
- Sinkende Qualität öffentlicher Dienstleistungen

Pikettys Aussage:

- Anstieg der Ungleichheit hat einen struktruellen Grund: $r > g$
- Rettung nur durch Kapitalsteuern möglich, sodass $r = g$
- Sonst Wiederaufleben einer Rentier-Gesellschaft wie im 19. Jahrhundert

Aber Kapital ist international mobil



Es bedarf einer gezielten zwischenstaatlichen Koordination:

1. Bekämpfung der Steuerhinterziehung mittels Steueroasen
2. Einführung einer europäischen Körperschaftsteuer

...Allerdings wird schon seit über 50 Jahren in Europa über eine gemeinsame Kapitalbesteuerung diskutiert - mit mickrigen Resultaten



Die Spielräume für eine Kapitalbesteuerung auf nationaler Ebene sollten völlig ausgeschöpft werden ⇒ Augenmerk auf Bemessungsgrundlagen mit geringer Migrationselastizität

Dringende Reformen in Deutschland

1. Erbschaftsteuer: Keine Befreiung des Betriebsvermögen!
2. Grundsteuer: Automatisiertes, marktnahes Bewertungsverfahren!
3. Abgeltungsteuer: Moderate Erhöhung des Steuersatzes!

Man wird durch Kapitalbesteuerung nicht erreichen können,
dass r (nachsteuerlich) = g ist

Grund: Die notwendigen Steuersätze sind zu hoch!

$$\left. \begin{array}{l} r \text{ (vor Steuer)} = 6 \% \\ g = 1,2 \% \end{array} \right\} \rightarrow t = 80 \%$$

mit fatalen Konsequenzen für Investitionen und
unternehmerische Initiative

- Die Unzulänglichkeit von Kapitalsteuern impliziert, dass Umverteilung auf der Ebene der Primäreinkommen aus Kapital einsetzen muss!
 - ⇒ **Öffentlichen Kapital** kommt im europäischen Projekt des 21. Jahrhundert eine tragende Rolle zu
- Kapitalsteuern können niedriger ausfallen als von Piketty gefordert, was besser für den technologischen Fortschritt und das Produktivitätswachstum ist

Drei Schritte :

- 0 Öffentlichen Kapitalstock aufbauen
- 1 Staatlicher Investitionsfond
- 2 Bundesaktionär

Schritt 0: Der Aufbau eines öffentlichen Kapitalstocks

- Staatliche Schuldtiteln werden emittiert, um weltweit Aktien zu kaufen.
- Länder wie Deutschland können zum risikolosen Zins Geld leihen; Die Finanzierungskosten können durch einen kleinen Teil der Aktienrendite abgedeckt werden. Z.B. 1- 2 % vs. 6 - 9 %.
- Die verbleibende Rendite kann für die Tilgung der aufgenommenen Schulden verwendet werden
 - ⇒ Ungefähr 15 Jahre später wird das Gemeinwesen öffentliches Kapital in Form von Aktien besitzen ohne ausstehende Schulden.

Schritt 1: Staatlicher Investitionsfond (SWF)

- Das Land gründet einen transparenten und politisch unabhängigen SWF mit der Zielsetzung, die langfristige Fondsrendite zu maximieren
- Das institutionelle Design sollte dem bereits existierenden SWF in Norwegen ähneln (dessen derzeitiger Marktwert ca. 170% des BIPs entspricht)

Schritt 1: Staatlicher Investitionsfond (SWF)

- Der Ertrag des SWF sollte langfristig der Regierung zustehen und für die Finanzierung einer Sozialdividende verwendet werden
 - ⇒ Nachhaltige Reduzierung von Ungleichheit
- Größenordnung: Z.B. SWF = 50 % des BIPs und Fondrendite = 9 % ⇒ öffentliches Kapitaleinkommen = 4,5 % des BIPs (entspricht den öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung)

Schritt 2: Bundesaktionär (BA)

“Political influence is proportional to what one controls, not what one actually owns” (Morck et al., 2005)



- Das Land gründet eine neuartige öffentliche Institution - den BA - mit dem Ziel, Kontrolle über **große** Unternehmen an Stelle der Kapitalisten auszuüben.
- Das institutionelle Design muss zwei grundlegende Probleme berücksichtigen:
 - **Anreiz-Problem:** Sicherstellung, dass die öffentlich-demokratischen Unternehmen effizient arbeiten
 - **Allokation-Problem:** Optimale Aufteilung zwischen öffentlicher und privater Trägerschaft

Zusammenfassung der zentralen Empfehlungen aus meinem Buch “Bessere Welt” (2014):

Anreize:

1. BA besitzt eine konstante Mehrheit (z.B. 55 %) der Anteile bestimmter börsennotierten Unternehmen. Die übrigen Anteile sind in privater Hand und werden frei auf dem Aktienmarkt gehandelt.
2. BA übt Kontrolle durch die Rechte aus, die aus seinem Aktienbesitz resultieren.
3. BA ist politisch unabhängig- ähnlich der Bundesbank- und hat die langfristige Maximierung der Kapitalrendite zum Ziel. Die Dividenden stehen der Regierung zu und werden zur Finanzierung einer Sozialdividende verwendet.

Anreize (Forts.):

4. BA ist transparent. Die Vergütung für das Personal erfolgt leistungsabhängig (“yardstick-competition”).
5. BA ist unter Aufsicht einer bereits existierenden Organisation (z.B. Zentralbank). Gewerkschaften, Verbraucherverbände sowie Umweltschutzgruppen erhalten erleichterten Zugang zu allen relevanten Informationen.
6. BA fördert Mitbestimmung und Solidarität in seinen Unternehmen.

Allokation:

- Die optimale Aufteilung zwischen öffentlichem und privaten Trägern kann nicht im Voraus festgelegt werden.
- Erforderlich ist ein fairer Wettbewerb zwischen öffentlich-demokratischer und privat-kapitalistischer Governance.
- Fairness heißt nicht nur Gleichbehandlung, sondern auch Transparenz, die sicherstellt, dass Unternehmensgewinne aus genuinen Marktprozessen und nicht aus politischer Protektion resultieren



Der relative finanzielle Erfolg wird das relative Wachstum der zwei Formen der Steuerung determinieren (demokratisch vs. kapitalistisch)



Pragmatisches Vorgehen, um zur optimalen Struktur zu konvergieren!

Kapitalistische Unternehmen sind weniger effizient als oftmals angenommen:

- Sie werden bisweilen von inkompetenten Individuen kontrolliert, die sie einfach geerbt haben
- Sie werden manchmal von gierigen Führungskräften finanziell ausgenommen
- Sie haben zu geringes Vertrauen in ihre Arbeitskräfte und befähigen diese nicht auf effiziente Weise

Wenn die Anreize für den BA sinnvoll ausgestaltet sind, hat die demokratische Steuerung ein großes Potenzial.

Zusammenfassung:

- Die zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration bedroht das europäische Projekt einer guten Gesellschaft.
- Kapitalbesteuerung alleine kann diesen Prozess nicht aufhalten, da die benötigten Steuern zu hoch sind.
- Eine Mischung aus Kapitalsteuern und einer verstärkten Bedeutung von öffentlichem Kapital kann Abhilfe leisten.
- Die Verwaltung und Steuerung öffentlichen Kapitals sollte zwei Institutionen zugeordnet sein: SWF und BA.
- Im Unterschied zu hohen Kapitalsteuern, muss diese Strategie nicht international koordiniert werden!